Die Tobin tax - eine internationale Kapitalsteuer

Autor(en): **Chesnais, François**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **19 (1999)**

Heft 38

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652138

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

François Chesnais

Die Tobin tax – eine internationale Kapitalsteuer

Im Jahr 1978 veröffentlichte James Tobin, Professor an der Yale-Universität und Nobelpreisträger für Ökonomie 1981, den weithin bekannten Artikel, in dem er die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen anregte.[1] Der Kampf für die Besteuerung von Transaktionen an den Devisenmärkten beruht auf der Einsicht, dass die Macht der Finanzwelt zurückgedrängt werden muss und erneut eine Regulierung auf internationaler Ebene notwendig ist. Mit der auf spekulative Devisengeschäfte erhobenen Tobin-Steuer würde eine von den heute undurchsichtigen Absprachen zwischen Politik und Finanzwelt völlig unterschiedliche Beziehung zwischen öffentlichem und privatem Sektor begründet werden können. Mit der Besteuerung von Devisengeschäften, die die Spekulation einschränken und kurzfristige Kapitalbewegungen unter Kontrolle bringen soll, würde ein starkes politisches Zeichen an die Adresse der mächtigsten Akteure der Wirtschaft gesetzt und damit hervorgehoben, dass das Allgemeininteresse Vorrang vor Partikularinteressen und die Entwicklungsbedürfnisse Vorrang vor der internationalen Finanzspekulation haben müssen. Die durch die Besteuerung der Devisengeschäfte erzielte höhere Stabilität des internationalen Finanzsystems wäre insbesondere für Länder mit schwachen Devisen von grosser Bedeutung, da sie gleichzeitig die Folgen der instabilen Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen zu tragen haben (wie die Länder Asiens durch die hohe Instabilität der Wechselkurse von Yen und Dollar) und darüber hinaus unter dem Misstrauen gegenüber ihren Währungen leiden. All dies sind gute Gründe, für die Einführung der Tobin-Steuer zu kämpfen.[2]

Dennoch hat die Tobin-Steuer auch ihre Grenzen und stellt nicht mehr als einen ersten Schritt dar. Denn Devisen und Geldmarktscheine für sehr kurzfristige Termingeschäfte sind nur eine der drei Hauptformen von Vermögenswerten, die von den einflussreichsten Kapitalanlegern in ihrem Portefeuille gehalten werden. Diese lassen sich in drei Hauptgruppen unterteilen: Devisen, Obligationen und Aktien. Das System der flexiblen Wechselkurse und die völlige Liberalisierung der Devisenmärkte sind nur eine der Grundlagen für die Globalisierung der Finanzmärkte. Sie bildeten die erste, aber sie sind nicht die einzige und heute zweifellos auch nicht mehr deren wichtigste Säule. Unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens des globalen Finanzsystems in seiner gegenwärtigen Form sind sie weniger wichtig als einerseits die liberalisierten und deregulierten Obligationenmärkte, auf denen Staatsanleihen und andere öffentliche Schuldscheine gehandelt werden, und als die Aktienmärkte (Unternehmenstitel) oder Börsen andererseits. Das Geld ist Rechnungseinheit und Tauschmittel. Es kann auch eine Vermögensrücklage sein; es zeichnet sich als solches aber nicht durch die Eigenschaft aus, Einkommensströme zu generieren. Im Fall von Obligationen und Aktien sieht dies ganz anders aus. Hierbei handelt es

sich um Rechtstitel, also um Schuldscheine im Fall von Staatsobligationen und anderen öffentlichen Anleihen; oder um Eigentumsrechte im Fall von Aktien, die alle einen Anspruch auf Beteiligung an der Reichtumsverteilung zu einem gegebenen Zeitpunkt erheben, und somit an der Aufteilung des Mehrwerts, der erst gebildet werden muss, um diese Ansprüche zu befriedigen.

Die von den reicheren Ländern, die am meisten von der Globalisierung der Finanzmärkte profitieren, eingerichteten und den anderen Ländern meist ohne allzu grosse Schwierigkeiten aufgezwungenen Obligationenmärkte bilden nach Aussage des Internationalen Währungsfonds (IWF) den „Eckpfeiler" der Globalisierung der Finanzmärkte. Im Klartext gesprochen handelt es sich um den im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte eingerichteten stabilsten Mechanismus des *Reichtumstransfers* von bestimmten Klassen und sozialen Schichten gewisser Länder zu anderen. Um die Grundlagen der Macht der internationalen Finanzwelt zu erschüttern, müssen deren Funktionsmechanismen ausser Kraft gesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen gilt es auch, die Staatsschulden zu streichen, und zwar nicht nur in den ärmsten Ländern, sondern überall dort, wo soziale Bewegungen nicht länger hinnehmen, dass ihre Regierungen den BürgerInnen im Rahmen der Zinszahlungen für die Staatsschuld drastische Sparprogramme aufzwingen.

Die zweite wichtige Form von Kapitalvermögenswerten sind Aktien. Sie haben in den letzten Jahren insofern an Bedeutung für den Reichtumstransfer hin zu den Nutzniessern von Finanzeinkommen aus Vermögenswerten gewonnen, als die grossen angelsächsischen Pensionsfonds und Kapitalanlagegesellschaften ihre Gelder verstärkt an der Börse anlegten und die Gewinne in die kontinuierlich anziehenden Märkte reinvestierten. Glaubt man unseren Regierungen und ihren Beratern, gilt gerade die Anlage von Aktien als Zaubermittel, um das „Problem der Altersvorsorge" lösen zu können. Die Börse ist der Ort, an dem sich plötzlich eine moderne Art von „Brotvermehrung" ereignen soll. Diesen ausgemachten Schwindel kann kein Gewerkschafter unterstützen, ohne jegliche Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Bevor Werte oder Vermögen in Form von Dividenden ausgeschüttet werden können, müssen sie erst produziert werden. Von wem? Von den in- wie ausländischen Lohnabhängigen in den Unternehmen, die ihrerseits alles daran setzen, die Löhne zu senken und eine weitestgehende Arbeitsflexibilität durchzusetzen. Die Börsen sind zum Trojanischen Pferd all jener Kräfte geworden, die das Pensionssystem nach dem Umlageverfahren zerstören und mit einem kleinen, privilegierten Teil der Lohnabhängigen den alten kapitalistischen Traum des Zusammenschlusses von Kapital und Arbeit oder einen Neuaufguss der Arbeitermitbestimmung unter der kapitalistischen Führung der Grossunternehmen durchsetzen wollen.

In Frankreich wurde an zahlreichen Sitzungen von attac (association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyen·ne·s) das Problem der Staatsverschuldung, der Schuldenlast und der Schulden-

streichung aufgeworfen. Sie setzen sich wie viele andere Organisationen selbstverständlich für die unmittelbare Streichung der Schulden von Drittweltländern ein. Diese Massnahme ist unumgänglich. Sie darf sich jedoch nicht auf die ärmsten Länder beschränken und schon gar nicht als „grosszügiges" Geschenk der Regierungen der reichen Länder an die von dramatischen sogenannten „Naturkatastrophen" – beispielsweise Überschwemmungen in Zentralamerika – heimgesuchten Länder präsentiert werden. Müsste die Forderung nicht auf die Streichung der Staatsschuld aller Länder ausgedehnt werden, wenn man sich zum Ziel setzt, die Grundlagen der Spekulationsgeschäfte abzuschaffen und damit die Macht der Finanzwelt einzuschränken, die diese aus dem von ihr zentralisierten Vermögen bezieht?

Im Verlauf der achtziger Jahre haben Pensions- und Investmentfonds mindestens ein Drittel des von ihnen verwalteten Vermögens in öffentlichen Schuldscheinen angelegt. Seit dem Höhenflug der Aktienkurse an der Wall Street und anderen Börsen ging während der neunziger Jahre dieser Anteil deutlich zurück. Kaum fallen die Kurse und drohen schwere Finanzkrisen, wenden sich die sichere Anlagen suchenden Investoren wieder den Staatsobligationen zu, obwohl deren Rendite geringer ist als bei Aktien, seit die Zinssätze gesunken sind. Dafür wurde der schöne Begriff „Flucht in die Qualität" geprägt. All diese Faktoren weisen auf eine wesentliche Neuerung im gegenwärtigen internationalen Finanzsystem und der damit verbundenen Form von Kapitalakkumulation hin, in der die Finanzmärkte einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Die Regierungen der reichen Länder befreien das Kapital und hohe Einkommen immer stärker von den Steuern und ziehen es vor, bei ihnen Geld zu leihen! Dieser für die Besitzenden geniale Mechanismus funktioniert folgendermassen: Die Senkung der Steuerlast auf hohe Einkommen ist politisch bedingt und Ausdruck der wachsenden Macht der Finanz und der davon profitierenden sozialen Schichten. Diese Entwicklung hängt mit der Liberalisierung der Finanzmärkte zusammen, die diese Macht zunehmend konsolidiert. Die OECD hat sich mit dieser Entwicklung abgefunden, wie sie in einem kürzlich erschienenen Bericht lakonisch festhielt: „Aufgrund der höheren internationalen Mobilität der Anlage- und Kapitalinvestitionen kann es sich als notwendig erweisen, die Besteuerung von Kapitaleinkommen zu senken. Damit wird die Arbeit, der am wenigsten mobile Faktor, die Hauptsteuerlast zu tragen haben." (OECD, „Taxation and Economic Performance", 3. März 1997).

Dennoch kann auch die von den Lohnabhängigen zu tragende Steuerlast nicht unbegrenzt erhöht werden. Wollen die Regierungen weiterhin die öffentlichen Ausgaben finanzieren, die ungeachtet der Sparpolitik gerade aufgrund der Steuersenkungen über den Einnahmen liegen, müssen sie Geld aufnehmen. Bei wem? Gerade bei jenen, die sie nicht besteuern wollen. Sie wenden sich also an Kapitalisten, Grundstückseigentümer und Führungskräfte, aber auch an Lohnabhängige mit gesicherten Arbeitsplätzen und annehmbaren Löhnen, um sie um ihre „Ersparnisse" zu bitten – ein neutra-

ler, wenn nicht beschönigender Begriff, hinter dem sich ein Mechanismus verbirgt, der ganz wesentlich auf Einkommensunterschieden und ungleicher Verteilung gründet. Da die Regierungen diese Anleihen zu Zinssätzen aufnehmen, die über der Inflations- und Wachstumsrate liegen, reproduziert sich die Schuld – um den Kreislauf zu schliessen – von Jahr zu Jahr. Der hohe Budgetanteil, der in den Zinsendienst für die bereits bestehenden Schulden fliesst, hat ein Budgetdefizit zur Folge, das wiederum gestopft sein will. Natürlich durch die Aufnahme neuer Schulden!

Dieses System wurde verschiedentlich und insbesondere vom Ökonomen Jean-Paul Fitoussi als „Diktatur der Gläubiger" bezeichnet.[3] Um ihre Einkommen zu sichern, fordern die Wertpapierbesitzer oder „Rentner", wie sie Keynes im letzten Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie" (1994, 7. Aufl.) nennt, reale Zinssätze von in der Geschichte des Kapitalismus nie dagewesener Höhe. Anhand dieser und anderer Mechanismen (shareholder value) findet ein zunehmender Transfer des von ArbeitnehmerInnen erzeugten Reichtums hin zum Finanzkapital statt. ATTAC ist gut beraten, diese Fragen aufzugreifen und in der Debatte über die Tobin-Steuer hinauszugehen, um nicht der unrealistischen Idee aufzusitzen, die Finanzmärkte wieder regulieren zu wollen, während gleichzeitig die internationalen Finanzinstitute eine Selbstregulierung anregen, um dieses zutiefst ausbeuterische, von der Finanzwelt dominierte Akkumulationssystem zu stabilisieren.

Aus dem Französischen von Birgit Althaler

Anmerkungen

1 Siehe Tobin, James, 1978: A Proposal for International Monetary Reform. In: The Eastern Economic Journal 4. Vgl. auch Tobin, 1994: A Tax on International Currency Transactions. In: UNDP, Human Development Report, Oxford/New York.

2 Siehe Chesnais, François, 1998: Tobin or not Tobin? Une taxe internationale sur le capital. L'Esprit frappeur, Paris.

3 Siehe Fitoussi, Jean Paul, 1995: Le Débat interdit. Monnaie, Europe, pauvreté. Paris.